

Die freie Verfügbarkeit dieses Beitrages wurde ermöglicht durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Stabsstelle »Publikationen und wissenschaftliche Informationsdienste«



Hinweis zur Nutzung dieser PDF-Ausgabe

Für die Nutzung dieses Textes gelten die Bestimmungen des deutschen Urheberrechtsgesetzes.

Dieses Dokument ist für Privatpersonen somit ausschließlich für den persönlichen, nichtkommerziellen Gebrauch bestimmt.

Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern oder weiterverbreiten.

Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen ggf. vorhandene Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden.

© 2020 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen

Die KAW – Konzeption und Erträge

Summary: The „Concerted Action Continuing Education“ (Konzertierte Aktion Weiterbildung) is a standing conference of all supraregionally working institutions of adult/continuing education in Germany. It comprises industry associations, trade unions, churches, universities, Volkshochschulen, free school associations, public broadcasting and TV stations, teachers associations, federal ministries and institutions and „Länder“ ministries. Their representatives meet regularly (since 1987), exchange experiences and promote (with the help of working groups) common recommendations and they initiate and organize conferences, workshops and projects. The chairman of the KAW, Günther Dohmen, reports on the history and the organization, the work, the results and the problems of the KAW.

1. Die Konstitution der KAW

Als sich die „Konzertierte Aktion Weiterbildung“ (KAW) Ende 1987 auf Initiative des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft (BMBW) konstituierte, ging es bildungspolitisch vor allem darum, durch ein „konzertiertes“ Zusammenwirken aller Träger der Weiterbildung in der Bundesrepublik entscheidende Anstöße zu geben für den Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichwertigen und gleichgewichtigen vierten Teil des Bildungswesens (neben Schule, Berufsausbildung und Hochschule).

Daß damals praktisch alle Weiterbildungsträger der Einladung des Bundesbildungsministers gefolgt sind, war nicht selbstverständlich und hatte sicher verschiedene Gründe:

Die Notwendigkeit des lebenslangen Weiterlernens war seit Jahren in der öffentlichen Diskussion unbestritten, aber über die Konsequenzen, die daraus für die Stellung, die weitere Entwicklung, die Organisation und für die öffentliche Förderung der Weiterbildung im Gesamtrahmen des Bildungswesens zu ziehen sind, gab es viele Unklarheiten und widerstreitende Auffassungen – und ein entsprechendes Bedürfnis nach offenem, klärendem Meinungsaustausch zwischen den verschiedenen Trägern der Weiterbildung.

Es hatte sich zwar schon ein Konsens darüber abgezeichnet, daß die notwendige Weiterbildung im Erwachsenenalter nicht als eine Art Fortbildungspflicht verbindlich gemacht werden könne und solle und daß das in vielfältig-freien, offenen, selbstbestimmten Formen mögliche informations- und erfahrungsverarbeitende Lernen Erwachsener nicht einem Trend zur „Verschulung“ der Erwachsenenbildung (womöglich unter staatlich-bürokratischer Kontrolle) unterliegen dürfe. Aber die Formel vom freien, pluralistischen Weiterbildungsmarkt schien doch zunächst mehr den unfruchtbaren Konkurrenzstreit zwischen „öffentlichen“ und „freien“, „gemeinnützigen“ und „kommerziellen“, mehr „berufsbildungs“- und mehr „allgemeinbildungs“-bezogenen, „offenen“ und „gruppengebundenen“, „fremdbestimmten“ und „selbstorganisierten“, „traditionellen“ und „alternativen“ Weiterbildungsansätzen etc. zu fördern, als zum Anstoß für das Erarbeiten von fairen, allgemein akzeptierten Rahmenbedingungen und gemeinsamen übergreifenden Zukunftsperspektiven für die Entwicklung einer einigermaßen transparenten pluralistischen Weiterbildung in Deutschland zu werden. Das z.T. in der Öffentlichkeit beklagte konfuse Bild der Weiterbildung – mit einer verwirrenden Fülle von neben- und gegeneinander wirkenden Trägern, Institutionen und Interessengruppen und – mit z.T. ganz unterschiedlichen und widersprüchlichen Vorstellungen von den Aufgaben und den fachlichen und erwachsenenpädagogischen Anforderungen einer modernen Weiterbildung

war sicher für manchen Weiterbildungsverantwortlichen ein Anstoß, das Gespräch mit Konkurrenten und Partnern – auf neutralem Boden – zu suchen.

Ein transparenter, besser überschaubarer und einschätzbarer Pluralismus qualifizierter Beratungs- und Veranstaltungsangebote lag im Interesse vieler Träger. Und dazu schien es ihnen einen Versuch wert, sich mit Kolleginnen und Kollegen anderer Weiterbildungseinrichtungen an einen Tisch zu setzen, sich wechselseitig besser kennen- und verstehen zu lernen, Erfahrungen auszutauschen, voneinander zu lernen und sich gegebenenfalls auch über gemeinsame Empfehlungen für die künftige Arbeit zu verständigen. Wahrscheinlich haben manche Träger auch zunächst nur deshalb teilgenommen, weil sie vorsichtshalber dabei sein wollten, wenn es eventuell auch um für sie wichtige Informationen, Entscheidungen und Förderungsmöglichkeiten gehen könnte.

Ein wie immer im einzelnen auch begründetes Kommunikationsinteresse hat jedenfalls in der Gründungsversammlung der KAW am 3.12.1987 alle wichtigen Träger und Organisationen der Weiterbildung in der damaligen Bundesrepublik zusammengebracht:

- *die Bundesverbände der deutschen Wirtschaft* (Deutscher Industrie- u. Handelstag, Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesver-

- band der Deutschen Industrie, Zentralverband des deutschen Handwerks, Bundesverband des deutschen Groß- u. Einzelhandels, Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft, Kuratorium der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung),
- *die Gewerkschaften* (Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsche Angestellten-gewerkschaft, Bundesarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Kera-mik),
 - *die Kirchen* (Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbil-dung, Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, Arbeitskreis Katholischer Sozialer Bildungswerke, Leiterkreis der Evangeli-schen Akademien),
 - *die Kommunen* (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag),
 - *die Hochschulen* (Hochschulrektorenkonferenz, Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung, Deutscher Hochschulverband, Bundesverband der deutschen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, Fernuniversität Hagen, Hochschule für Berufstätige),
 - *die Volkshochschulen* (Deutscher Volkshochschulverband und seine Institu-te),
 - *Berufsverbände* (Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen, Deut-scher Beamtenbund, Bundesverband der freien Berufe, Deutscher Bauernver-band),
 - *Bundesministerien und Bundesinstitute* (die Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, für Wirtschaft, für Arbeit und Sozialordnung, für Frauen und Jugend, für Verteidigung, der Bundesinnenminister, die Bundesanstalt für Arbeit, das Bundesinstitut für Berufsbildung, die Bundeszentrale für politi-sche Bildung),
 - *die Bund-Länderkommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung*,
 - *Länderministerien* (die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder, die Bildungs- oder Wirtschafts- oder Sozialminister von Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saar-land und Schleswig-Holstein),
 - *Schul- und Gruppenverbände* (Deutscher Fernschulverband, Bundesverband deutscher Privatschulen, Deutsche Landjugendakademie, Verband Jugend-Sozialwerke, Arbeitsausschuß für politische Bildung, Deutscher Frauenrat, Deutscher Kulturrat, Deutscher Sportbund, Wuppertaler Kreis, Kommission der DSB-Bildungswerke),
 - *die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten* (ARD, ZDF, WDR, NDR und Südwestfunk) und

– *die Bundeswehr.*

Diese wichtigsten Träger der Weiterbildung in Deutschland einigten sich in ihrem ersten sogenannten „Spitzengespräch“ auf die folgenden gemeinsamen Ziele bzw. Vorhaben:

- Ermöglichung/Erleichterung eines kontinuierlichen Erfahrungsaustauschs und einer offenen Diskussion der verschiedenen Weiterbildungsträger über wichtige gemeinsame Anliegen, Probleme, Aufgaben,
- rechtzeitige gemeinsame Ermittlung der auf den einzelnen und die Gesellschaft zukommenden Herausforderungen, für die entsprechende Weiterbildungshilfen wichtig werden können,
- Entwicklung gemeinsamer Perspektiven und Konzepte zur Lösung der anstehenden Probleme/Defizite der Weiterbildung,
- Anbahnung von Zusammenarbeit bei der Lösung gemeinsamer Aufgaben,
- Abstimmung bei der Öffentlichkeitsarbeit für die Weiterbildung.

2. Die erste Arbeitsphase der KAW (1987-92)

Die KAW hat zunächst mehr als 4 Jahre lang – von Ende 1987 bis Anfang 1992 – in 6 Arbeitskreisen eine Fülle von gemeinsamen Empfehlungen und Projektvorschlägen erarbeitet und gemeinsame Kongresse, Fachtagungen, Expertengespräche, Werkstattseminare etc. durchgeführt. Die Arbeitskreise hatten sich auf verschiedene Bereiche bzw. Schwerpunkte der Weiterbildung konzentriert:

Der Arbeitskreis I „Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit“ hatte die Arbeitsschwerpunkte: Gemeinsame Werbung, Vernetzung von Weiterbildungs-Datenbanken und Weiterbildungsberatung, Vergleichbarkeit und Anerkennung von Weiterbildungszertifikaten, gemeinsamer Weiterbildungspaß, Hilfen für die Weiterbildung im ländlichen Raum und Förderung der landeskundlich-politischen Weiterbildung für Aussiedler/innen (das letztere zusammen mit dem AK II).

Der Arbeitskreis II „Personale und soziale Kompetenz“ konzentrierte sich auf Fragen der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung, zunächst vor allem mit den Schwerpunkten: Weiterbildung von Frauen, Klärung wichtiger Schlüsselqualifikationen und elementarer Kompetenzen und ihrer Bedeutung für die Weiterbildung, Entwicklung gemeinsamer Grundkonzeptionen der kulturellen Weiterbildung, Umsetzung neuer (interkulturell-kommunikativer) Ansätze der Fremdsprachenbildung und gemeinsame Konzentration auf Weiterbildungsaufgaben im Zusammenhang mit dem europäischen Einigungsprozeß. Unmittelbar nach der Öffnung der Mauer hat sich dieser Arbeitskreis II schwer-

punktmäßig (und z.T. federführend auch für die anderen Arbeitskreise) konzentriert auf „die neuen Anforderungen an die Weiterbildung aufgrund der veränderten Situation in der DDR“ und auf die Entwicklung einer partnerschaftlichen deutsch-deutschen Zusammenarbeit in der Weiterbildung. Dabei wurden exemplarisch auch zwei gemeinsame KAW-Initiativen entwickelt: „Qualifizieren statt Entlassen – Weiterbildungshilfe gegen Arbeitslosigkeit“ und „Modellhafte Weiterbildungsentwicklung in ausgewählten Regionen der neuen Bundesländer“.

Der Arbeitskreis III „Berufliche Weiterbildung und neue Technologien“ hatte die Schwerpunkte: Ermittlung des berufsbezogenen Weiterbildungsbedarfs, Entwicklung und Umsetzung des Konzepts „Lernorientierte Arbeit und arbeitsorientiertes Lernen“, „konzertierte“ Informationsaktion zur beruflich-betrieblichen Weiterbildung, betriebliche Weiterbildungsforschung, berufliche Weiterbildung von Personen ohne Erstausbildung, Verbesserung und Komplettierung der Statistiken zur beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung von Multiplikatoren für die Entwicklung der beruflichen Weiterbildung in der ehemaligen DDR.

Der Arbeitskreis IV „Wissenschaftliche Weiterbildung“ befaßte sich schwerpunktmäßig mit der defizitären Entwicklung der wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen, besonders im Hinblick auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Region, auf den Einsatz moderner Medien, die spezifische Berücksichtigung besonderer Zielgruppen (Senioren, Frauen), die Weiterentwicklung der Bedarfsermittlung und der Weiterbildungsforschung. Auch dieser Arbeitskreis hat sich nach der deutschen Vereinigung besonders mit der Umstrukturierung der wissenschaftlichen Weiterbildung in der ehemaligen DDR befaßt.

Im Arbeitskreis V „Weiterbildung und Bundeswehr“ ging es vor allem um Anregungen für attraktivere Möglichkeiten einer Nutzung der Wehr- und Zivildienstzeiten für die persönliche Weiterbildung und um eine stärkere Differenzierung des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr für Zeitsoldaten nach individuellen Bedürfnissen und Voraussetzungen. Im Zuge der deutschen Vereinigung befaßte sich der Arbeitskreis auch mit Problemen der speziellen Weiterbildung von ehemaligen Soldaten der „Nationalen Volksarmee“.

Der Arbeitskreis VI „Weiterbildung und Medien“ erörterte besonders mit den Vertretern der Rundfunk- und Fernsehanstalten die Möglichkeiten einer besseren Unterstützung der Arbeit der Weiterbildungsträger durch Hörfunk und Fernsehen und hat eine einvernehmliche Regelung für die ausstrahlungsunabhängige Nutzung von Fernsehsendungen in der Weiterbildung erarbeitet. Es wurden auch die Probleme und Möglichkeiten einer Verbesserung der Prüfungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit Weiterbildungs-Medienverbundprogramm-

men beraten und eine bessere Vermittlung zwischen Forschung und Weiterbildungspraxis auf dem Gebiet des „interaktiven Lernens mit neuen Medien“ angeregt.

Die Ergebnisse all dieser Analysen, Diskussionen und Entwicklungsarbeiten der sechs KAW-Arbeitskreise wurden in bisher rund 50 Empfehlungen, Berichten und Broschüren veröffentlicht, die über das BMBW (Referat Öffentlichkeitsarbeit) nicht nur den Mitgliedern der KAW, sondern auch einer interessierten Öffentlichkeit (kostenlos) zugestellt werden. Zur Erarbeitung dieser jeweils auf einem Konsens der verschiedenen Weiterbildungsträger beruhenden Anregungen und Empfehlungen waren insgesamt 28 Arbeitsgruppen eingesetzt und mehrere Expertengutachten herangezogen worden.

Daß eine so breite kontinuierliche Zusammenarbeit so vieler verschiedener Träger der Weiterbildung (nach der deutschen Vereinigung auch aus den neuen Bundesländern) möglich war und daß es dabei in beachtlichem Maße zu vorzeigbaren gemeinsamen Ergebnissen gekommen ist, ist eine erstaunliche und, wenn ich recht sehe, auch im internationalen Vergleich beispiellose Leistung. Bei der gemeinsamen Klärung von Erfahrungen, Meinungen, Aufgaben, Defiziten und Zukunftsperspektiven der Weiterbildung haben sich neben den inhaltlichen Ergebnissen vor allem auch wesentliche Veränderungen im Atmosphärischen und im Bereich innerer Einstellungen entwickelt. Es konnten Vorurteile zwischen den verschiedenen, in der Praxis oft miteinander konkurrierenden Weiterbildungsträgern abgebaut werden, und es hat sich ansatzweise allmählich auch so etwas wie ein gemeinsames Solidaritätsbewußtsein der Weiterbildungsträger herausgebildet – und zwar auf der Grundlage der gemeinsamen Verantwortung für eine Weiterbildung, die den Menschen in einer schwierigen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Umstellungsphase auf möglichst effektive Weise helfen will, sich die bildungsmäßigen Voraussetzungen zu erarbeiten, die es ihnen ermöglichen bzw. erleichtern, sich verständig und kreativ an der humanen, demokratischen Gestaltung der gemeinsamen Zukunft zu beteiligen.

Eine zweites „Spitzengespräch“, zu dem auf Einladung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft am 31.10.1989 – nach knapp zweijähriger Zusammenarbeit – mehr als 80 Präsidenten und Vorsitzende der in der KAW vertretenen Weiterbildungsträger zusammengekommen waren, zog eine durchweg positive Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit der KAW. Es wurde insbesondere ein Grundkonsens darüber festgestellt, daß eine konzertierte Weiterbildung heute das beste Instrument sei, um die neuen Bildungsinhalte, die für die aktive Gestaltung der neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im gerade vereinten Deutschland erforderlich sind, möglichst rasch an möglichst viele Bürger/in-

nen heranzutragen. Es wurde betont, daß die KAW gerade auf diesem Gebiet in Zukunft verstärkt weiterarbeiten solle.

3. Die zweite Arbeitsphase der KAW (seit 1992)

Bei einem dritten „Spitzengespräch“ am 22.1.1992, also nach insgesamt vierjähriger Arbeit, wurden die vorliegenden Arbeitsergebnisse der KAW wieder übereinstimmend positiv beurteilt und als fruchtbar für die Arbeit der einzelnen Träger bezeichnet. Es wurde jetzt aber auch – besonders auf Drängen der Vertreter der Wirtschaft hin – diskutiert, auf welche Fragen und Probleme sich die KAW in Zukunft konzentrieren solle und ob dazu nicht eine weniger zersplitterte und mehr auf einige zentrale Komplexe als auf viele Einzelfragen ausgerichtete Organisationsform gefunden werden könne. Auch im Hinblick auf die enorme zeitliche und arbeitsmäßige Belastung derjenigen, die in den zahlreichen Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen der KAW inzwischen mehr als 4 Jahre lang kontinuierlich mitgewirkt haben, sollte die künftige Arbeit organisatorisch gestrafft werden.

Es wurde beschlossen, in Zukunft nur noch einen zentralen Arbeitskreis der KAW zu bilden, in dem alle Weiterbildungsträger jeweils durch ein Mitglied vertreten sind und in dem gemeinsam die verschiedenen Aufgaben der Weiterbildung zusammenfassend beraten und die Arbeit von gegebenenfalls einzusetzenden ad hoc-Arbeitsgruppen integrativ gesteuert werden soll.

Die bisherigen sechs spezialisierten Arbeitskreise haben ihre laufenden Arbeiten im wesentlichen 1992 abschließen und die Ergebnisse in den neuen Gesamtarbeitskreis einbringen können. Nur der Arbeitskreis VI (Weiterbildung und Medien) hatte noch für eine längere Zeit getrennt einige besondere Aufgaben – wie z.B. die Entwicklung eines neuen „Bildungsfernsehens“ – zu bearbeiten, über deren Fortgang jeweils im Gesamtarbeitskreis KAW berichtet wurde.

Zwei noch vom früheren AK II eingesetzte und mit großem Engagement tätige Arbeitsgruppen sollten zunächst noch weiterarbeiten, und zwar unter der Verantwortung des neuen gemeinsamen Arbeitskreises KAW: die AG „Frauenbildung“ und die AG „Fremdsprachenbildung“. Die Arbeitsgruppe „Frauenbildung“ hat sich besonders aktiv und engagiert mit folgenden Schwerpunktthemen (die jeweils auch in eigenen Arbeitsgruppen aufgearbeitet wurden) befaßt:

- die Entwicklung regionaler Konzepte und Kooperationen auf dem Gebiet der Frauenbildung,
- frauenspezifische Anforderungen an berufliche Weiterbildung,
- Frauenförderung im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik,

- Ansprache, Information, Beratung und Orientierung von Frauen,
- Präsenz und Partizipation von Frauen in der politischen Bildung – auf dem Wege zur Gleichberechtigung,
- Frauen in der Wirtschaft – betriebliche Frauenförderung,
- Förderung von Frauen in Hochschule und Wissenschaft,
- Frauen und internationale Zusammenarbeit.

Das neue Konzentrationskonzept implizierte praktisch eine neue Stufe der Zusammenarbeit. Die Arbeit der KAW konzentrierte sich seit der Konstituierung des neuen Gesamtarbeitskreises KAW am 5.5.1992 im wesentlichen auf größere Aufgabenfelder, bei deren Bearbeitung jeweils die verschiedenen bisher eher getrennt arbeitenden Weiterbildungsschwerpunkte zusammengeführt werden sollten.

Es hatte sich schon aus der bisherigen Arbeit ergeben, daß gerade die Anforderungen, die sich aus der deutschen Vereinigung für die Weiterbildung ergeben haben, ein Gesamtkomplex sind, der nur in bereichsübergreifender Zusammenarbeit angemessen angegangen werden kann. Der neue Gesamtarbeitskreis der KAW hat sich deshalb zum einen auf die Weiterführung des Arbeitsschwerpunkts „Unterstützung des Ausbaus der Weiterbildung in den neuen Bundesländern und Verbesserung der Zusammenarbeit der ost- und west-deutschen Weiterbildungsträger und -mitarbeiter/innen“ konzentriert. Als zweiten, noch komplexeren Schwerpunkt hat er sich für die Klärung und Entwicklung von Weiterbildungsansätzen entschieden, die den Menschen helfen sollen, sich in einem wirtschaftlich, politisch und kulturell zusammenwachsenden Europa neu zu orientieren und die damit verbundenen Erweiterungen des Lebens-, Arbeits- und Lernhorizonts verständlich mitzugestalten. Für jedes dieser beiden komplexen Arbeitsfelder wurde eine größere Arbeitsgruppe eingesetzt, der jeweils spezifische Arbeitsaufträge zugewiesen wurden.

Die Arbeitsgruppe „Neue Bundesländer“ hat sich z.B. – unter dem Vorsitz einer Weiterbildungsexpertin aus Sachsen-Anhalt – auf Vorschläge zu „Weiterbildungshilfen für unfreiwillig vorzeitig aus dem Arbeitsleben Ausgeschiedene“ und auf die modellhafte Ausbildung von Multiplikatoren für die Weiterbildungsarbeit mit Vorruehständern sowie auf neue Ansätze für die besonders schwierige politische Weiterbildungsarbeit in den neuen Bundesländern und für die Weiterqualifizierung von Mitarbeitern u. Mitarbeiterinnen in der Weiterbildung konzentriert und dazu auch verschiedene „Werkstattgespräche“ durchgeführt, die gerade in den neuen Bundesländern ein sehr positives Echo fanden. Außerdem hat der Arbeitskreis KAW im Rahmen seiner Konzentrationsbemühungen vorgeschlagen, auch die neuen Frauenbildungs-Themenschwerpunkte „Weiterbildung für junge Frauen ohne Erstausbildung“ und „Weiterbildung für ältere

Frauen“ besonders im Hinblick auf die schwierige Situation in den neuen Bundesländern zu bearbeiten und sie daher im Rahmen der Arbeitsgruppe „Neue Bundesländer“ zu behandeln.

Die Arbeitsgruppe Europa hat sich – z.T. in Zusammenarbeit mit der ihr inzwischen zugeordneten Arbeitsgruppe „Fremdsprachen“ – auf Probleme einer erweiterten Partnersprachenbildung im Dienst multikultureller europäischer Kommunikations- und Verstehensförderung konzentriert, die Erfahrungen aus der grenzüberschreitenden Weiterbildungszusammenarbeit in verschiedenen „EUREGIOS“ aufgearbeitet und die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Übertragbarkeit auf die allgemeine europabezogene Weiterbildungsarbeit zu klären versucht sowie die Probleme und Möglichkeiten einer politischen Weiterbildung für die aktive Mitarbeit der Bürger/innen in Europa erörtert. Außerdem wurden die Nutzungsmöglichkeiten der Förderprogramme der EG-Kommission kritisch analysiert, und es wurde versucht, die Bewilligungsverfahren transparenter zu machen. Daraus ergaben sich dann auch Vorschläge für eine bessere Berücksichtigung der Weiterbildung – insbesondere der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung – in den neuen EU-Programmen (Leonardo, Sokrates etc). Diese KAW-Anregungen wurden vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in Brüssel vertreten. Die Arbeitsgruppe hat auch die unter der deutschen EU-Präsidentschaft im November 1994 veranstaltete Europäische Konferenz „Weiterbildung für Europa“ wesentlich mit vorbereitet.

In den beiden besonders auf die deutsche und die europäische Einigung bezogenen Hauptarbeitsgruppen der KAW wirken jeweils Experten und Institutionen, die mehr auf die berufliche, und andere, die mehr auf die allgemeine und politische Weiterbildung spezialisiert sind, eng zusammen. In diesen beiden Arbeitsgruppen sind jeweils die wichtigsten Träger der Weiterbildung vertreten.

Die Gesamtsteuerung der KAW-Aktivitäten durch einen einzigen Arbeitskreis, dem wegen seiner Größe (70-80 Teilnehmer) eher der Charakter eines Plenums als eines Arbeitsgremiums zugesprochen wurde, war bei der angestrebten Konzentration der KAW von Anfang an als ein besonderes Problem gesehen und diskutiert worden. Es war zunächst erwogen worden, diesem Arbeitskreis eine kleine Vorbereitungs- und Steuerungsgruppe zuzuordnen, die zusammen mit dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer des BMBW jeweils die Tagesordnung festlegen und die Sitzungen vor- und nachbereiten sollte – ohne selbst aber schon inhaltlich Weichen zu stellen. Es ergab sich aber das Problem, daß die Bedeutung einer ständigen vorbereitenden Arbeitsgruppe gegenüber dem als relativ schwerfällig angesehenen Plenum so hoch eingeschätzt wurde, daß zu viele KAW-Mitglieder auch in dieser Steuerungsgruppe vertreten sein wollten. Auch der Plan, neben dem Vorsitzenden mehrere stellvertretende Vorsitzende

zu wählen, die die „wichtigsten“ Weiterbildungsverbände repräsentieren sollten, stieß auf Auswahlprobleme und wurde dann nicht weiter verfolgt. Die Spitzen der Weiterbildungsträgerverbände und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft haben sich deshalb schließlich darauf geeinigt, zunächst nur einen (möglichst vom Vertrauen aller Mitglieder getragenen) Vorsitzenden zu wählen und dann den Versuch zu machen, durch eine auf Konsensbildung ausgerichtete Sitzungsmoderation und mit Hilfe eines hochqualifizierten Mitarbeiterstabes im Ministerium die Arbeits- und Konsensfähigkeit der neuen Organisationsstruktur zu ermöglichen. Nachdem ein (vorher schon als Vorsitzender eines Arbeitskreises bekannter) Gesamtvorsitzender zunächst einmal für ein Jahr gewählt worden war und nachdem die ersten Sitzungen des gemeinsamen Arbeitskreises und die Arbeit der beiden neuen Arbeitsgruppen erfolgreich verlaufen waren, gab es keinen Anlaß mehr für weitere Strukturveränderungsdebatten. Der KAW-Vorsitzende wurde am 22.9.1993 einstimmig wiedergewählt.

Der Arbeitskreis KAW hat in seiner letzten Sitzung vor den Bundestagswahlen auch einen ersten Erfahrungsaustausch über zwei akute Probleme bzw. Aufgaben begonnen, die alle Weiterbildungsträger betreffen:

1. die verschiedenen Möglichkeiten und Erfahrungen zur Sicherung, Verbesserung, Transparenz und Kontrolle der Qualität der Weiterbildungsangebote – von verschiedenen Formen der Selbstkontrolle und des internen Qualitätsmanagements bis hin zu Möglichkeiten und Problemen einer externen Expertenkontrolle und einer öffentlichen Zertifizierung (Gütesiegel etc.) und

2. die Auswertung des jüngsten Gutachtens des Sachverständigenrates für Umweltfragen (1994) zur ökologischen Weiterbildung, die den Menschen Einsichten, Einstellungen und Werthaltungen vermitteln soll, durch die sie zur kompetenten Wahrnehmung ihrer Verantwortung für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung der Vernetzung von Kulturwelt und Natur befähigt werden.

4. Gründe für den Erfolg der KAW

Die Arbeits- und Einigungsfähigkeit der KAW – trotz z.T. stark divergierender und konkurrierender Einzelinteressen vieler Mitglieder – beruht m.E. vor allem auf sechs Voraussetzungen:

1. Der für alle immer wieder besonders interessante und fruchtbare Schwerpunkt der Zusammenarbeit in der KAW ist der offene, auf gemeinsame Ziele bezogene Austausch von Informationen, Erfahrungen und Meinungen über Fragen und Probleme, die alle betreffen und die in anderem, kleinerem, speziellerem Rahmen nicht so vielseitig, facettenreich und z.T. auch kontrovers erörtert

werden können. Dabei ist es auch nicht ganz unwichtig, daß jeweils wichtige Unterlagen, Untersuchungsergebnisse, Planungspapiere etc. (z.T. auch vor ihrer Freigabe für die Öffentlichkeit) allen Teilnehmern zugänglich gemacht werden.

2. Es gilt in der KAW das Grundprinzip der notwendigen Konsensbildung, d.h. es gibt keine Kampfabstimmungen und keine Mehrheitsentscheidungen gegen abweichende Voten wichtiger Mitglieder. Daher ist es das Ziel der Gespräche und Diskussionen, eine vernünftige Einigung aller Betroffenen herbeizuführen auf der Basis des gemeinsamen Interesses an einer von allen mitgetragenen und allen zugute kommenden Verbesserung der Weiterbildungsarbeit. Hier wurde ein Stück weit jener offene, demokratische, „herrschaftsfreie Diskurs“ zu praktizieren versucht, der nicht primär auf die Durchsetzung parteilicher Interessen, sondern mehr auf die gemeinsame Bemühung um eine einvernehmliche, faire, vernünftige Lösung für das Ganze bezogen ist.

3. Die KAW entscheidet nicht selbst über die Verteilung von Fördermitteln auf die einzelnen Mitglieder. Sie beschränkt sich im Förderungsbereich darauf, generell mehr Mittel für die Weiterbildung insgesamt zu erschließen (z.B. im Rahmen der neuen Förderungsprogramme der Europäischen Union) und allenfalls Empfehlungen für Gutachten oder zur Unterstützung von Projekten zu geben, deren Ertrag der Weiterbildung insgesamt zugute kommt. Damit konnten mögliche Anlässe für unüberbrückbare Konkurrenzstreitigkeiten vermieden werden.

4. Eine Auseinandersetzung über die Bedeutung und Gewichtung der verschiedenen Mitglieder der KAW für eine eventuelle, unterschiedliche Stimmengewichtung oder Redezeit in den Diskussionen wird bewußt vermieden – auch wenn von den „Großen“ ab und zu einmal Unmut zu spüren ist, wenn „zu viele Kleine“ die Diskussion zu bestimmen scheinen.

5. Es wird versucht, die aktuellen Auswirkungen härter werdender Bedingungen für die Weiterbildung nicht zum Anlaß für schärfere Verteilungsstreitigkeiten in der KAW werden zu lassen, sondern den Druck von außen eher für eine besondere Motivation zu verstärkten gemeinsamen Bemühungen um mehr Anerkennung und Unterstützung der Weiterbildung und zu mehr Absprachen und Kooperationen bei der Bewältigung der schwieriger werdenden Aufgaben fruchtbar zu machen.

6. Die bisherige, zwar schwierige, aber im ganzen erstaunlich erfolgreiche Zusammenarbeit in der KAW wäre so nicht möglich gewesen ohne die wirksame Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW), das nicht nur eine außerordentlich effiziente Geschäftsführung, sondern auch die notwendigen finanziellen Mittel für die Ermöglichung von Arbeitsgruppensitzungen, Symposien, Werkstattgesprächen, Dokumentenaus-

tausch etc. bereitgestellt hat. Die Vermeidung direkter Eingriffs- und Steuerungsversuche des BMBW auf die selbstbestimmte Arbeit der KAW-Mitglieder war dabei besonders anerkennenswert. Diese Zurückhaltung des Bundes hat es auch den Vertretern der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und aus den Ministerien der Bundesländer möglich gemacht, in der KAW aktiv mitzuarbeiten.

5. Die Zukunft der KAW

Es ist im Interesse der notwendigen Weiterentwicklung und Unterstützung der Weiterbildung in einer schwierigen Situation des Umbruchs, der Umorientierung und des notwendigen Umlernens breiter Bevölkerungskreise zu hoffen, daß auch nach den Bundestagswahlen die bundesministerielle Unterstützung der schwierigen, aber erfolgreichen Zusammenarbeit aller Träger der Weiterbildung in der KAW fortgesetzt werden kann – und zwar ohne daß die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der KAW eingeschränkt und die Autonomie der Träger beeinträchtigt wird. Die durch die KAW ermöglichten Prozesse des vergleichenden Klärens vielfältiger Erfahrungen und der Verständigung und Konsensbildung zwischen den verschiedenen Trägern der Weiterbildung kann gerade in einer Zukunft besonders wichtig werden,

– in der die Weiterbildung mit besonders schwierigen Aufgaben konfrontiert wird (Stabilisierung der Menschen bei Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Qualifizierung für wirtschaftliche Umstellungen, verständige Verarbeitung von Anspruchs- und Wohlstandseinschränkungen, Vermittlung unbequemer ökologischer Wahrheiten und Konsequenzen, Horizonterweiterung im Hinblick auf ein Europa ohne Grenzen, Verständigungs- und Anpassungshilfen im deutschen Vereinigungsprozeß, interkulturelle Verständnisförderung im Hinblick auf Ausländerfeindschaft, Förderung von Flexibilität und Kreativität, Kommunikationsfähigkeit und Gemeinsinn etc.) und – in der die finanziellen und motivationalen Rahmenbedingungen der Weiterbildung sich zunehmend zu verschlechtern scheinen.

Beide Entwicklungen können gerade auch wechselseitige Abstimmungen, Absprachen, Unterstützungen und Kooperationen der Weiterbildungsträger noch notwendiger und dringlicher machen.

Es wäre m.E. auch nicht zu verantworten, wenn z.B. die in der KAW erfolgreich realisierte Konzentration der verschiedenen Träger der Weiterbildung auf eine gemeinsame bildungsmäßige Begleitung und Förderung der schwierigen Einigungs- und interkulturellen Verständigungsprozesse in

Deutschland und Europa nicht weitergeführt und weiterentwickelt werden könnte. Es gibt in dieser schwierigen Zeit der Umbrüche, der härter werdenden Verteilungskämpfe und der notwendigen Umorientierungen ja nicht so viele positive Beispiele für eine fruchtbare Zusammenarbeit verschiedener konkurrierender Gruppen und Verbände und für eine freiwillige gemeinsame Konzentration auf zentrale Zukunftsaufgaben.

Der kontinuierliche, offene, partnerschaftliche Austausch von Erfahrungen, Meinungen und Anregungen zwischen den verschiedenen Trägern der Weiterbildung in den alten und neuen Bundesländern hat sich m.E. nicht nur als fruchtbar für die Beteiligten erwiesen, er beginnt sich auch zunehmend positiv auszuwirken auf die Entwicklung einer transparenteren, besser abgestimmten und professionelleren Weiterbildung für die Bürger/innen in Deutschland – und in Europa.

Für die gemeinsame Entwicklung einer Weiterbildung, die den Menschen wirksam helfen soll, qualifizierte, kreative Mitträger neuer Zukunftschancen in einer krisenbedrohten Welt zu werden, ist auch die Förderung eines verbindenden Bewußtseins der gemeinsamen Verantwortung der verschiedenen Weiterbildungsträger, wie es sich in der KAW zu entwickeln begonnen hat, ein wichtiger Beitrag.

Kurzbiographie:

Dr. GÜNTHER DOHMEN, Prof. Dr. Dr. h.c., geb. 1926; seit 1963 Professor für Erziehungswissenschaft, 1967–79 Gründungsdirektor des Deutschen Instituts für Fernstudium (DIFF), seit 1980 Professor für Erwachsenenbildung/Weiterbildung an der Universität Tübingen; langjähriger Vorsitzender des badenwürttembergischen und des Deutschen Volkshochschulverbandes, Vizepräsident des Europäischen Erwachsenenbildungsverbands; vielfache Tätigkeiten als Gutachter und Weiterbildungsberater auf nationaler und internationaler Ebene.

Anschrift (privat): Falkenweg 72, D-72076 Tübingen.

